

## Niederschrift Nr. 10 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

**Sitzungstermin:** Dienstag, 02.03.2010  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 18:10 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verw. gebäude II

### Anwesend:

**Vorsitzender**  
Stolz, Wulf-Dieter

#### **SPD-Fraktion**

Bamminger, Berendine  
Gosciniak, Heinz für Walter Davids  
Mecklenburg, Rico für Benjamin Swieter  
Schulze, Kai-Uwe  
Strelow, Gregor  
Wessels, Johann für Karola Brunken

#### **CDU-Fraktion**

Bongartz, Helmut für Petra Orth  
Janßen, Heinz Werner

#### **FDP-Fraktion**

Hoofdmann, Erwin

#### **Fraktion DIE LINKE. Grundmandat**

Graf, Wilfried

#### **Verwaltungsvorstand**

Lutz, Martin Erster Stadtrat

#### **von der Verwaltung**

Ammermann, Uwe  
Cramer, Friedhard  
Baumann, Albert  
Koerth, Michael  
Stomberg, Beate (bis 18:02 Uhr)

#### **Protokollführung**

Rauch, Agnes

#### **Gäste**

Rodiek, Holger  
Stang, Detlef  
RKSH e. V. (bis 17:11 Uhr)  
Bürgerstiftung Ökowerk Emden

## Niederschrift Nr. 10 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

### Öffentlicher Teil

**TOP 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Stolz** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 2** Feststellung der Tagesordnung

**Herr Stolz** erklärt, der Geschäftsführer des RKSH habe den Wunsch geäußert, den Tagesordnungspunkt 7 vorzuziehen, um ihm aus terminlichen Gründen ein früheres Gehen zu ermöglichen.

**Beschluss:** Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 3** Genehmigung der Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 17.11.2009

**Beschluss:** Die Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 17.11.2009 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 4** Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

### **B E S C H L U S S V O R L A G E N**

**TOP 5** Feststellung des Jahresabschlusses 2005 des Optimierten Regiebetriebes 806 "Gebäudemanagement" und Entlastung des Oberbürgermeisters für das Geschäftsjahr 2005  
Vorlage: 15/1378

Die Tagesordnungspunkte 5 und 6 werden gemeinsam beraten.

**Herr Ammermann** erläutert anhand von zwei PowerPoint-Präsentationen die Jahresabschlüsse des Optimierten Regiebetriebes für die Jahre 2005 und 2006. Die Präsentationen sind im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

**Herr Stolz** bedankt sich und bittet um Wortmeldung.

## Niederschrift Nr. 10 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

**Herr Strelow** bedankt sich für die Zahlen und für die von Herrn Baumann und seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen geleistete Arbeit. Er bemerkt, beide Prüfungen würden aussagen, dass der Betrieb wirtschaftlich und vernünftig geführt werde. Doch es sei auch immer darauf hingewiesen worden, dass der Werteverzehr aufgefangen werden müsse, um die Ertragslage des Betriebes zu verbessern. Herr Strelow fragt an, ob zukünftig höhere Mieten eingezogen würden und welche Auswirkungen dieses auf den Haushalt der Stadt Emden habe.

**Herr Bongartz** erklärt, wenn ein optimierter Regiebetrieb eingeführt werde, habe das sowohl Vor- als auch Nachteile. Insbesondere jetzt sei festzustellen, dass die Angelegenheit mit den Abschreibungen auf Dauer so nicht weiter gehen könne, zumal man ja auch erst bei dem Jahresabschluss 2006 sei und die Summe noch gewaltig ansteigen werde. Wenn die Abschreibungen zu Lasten des Eigenkapitals wachsen würden, dann werde das Eigenkapital in rasanter Art und Weise abgebaut. Hier müsse eigentlich durch entsprechende Mieterhöhungen entgegengewirkt werden.

**Herr Lutz** bittet zunächst einmal um Entschuldigung, dass erst jetzt die Jahresabschlüsse der Jahre 2005 und 2006 vorliegen würden. Er erinnert daran, dass im Jahr 2004 der Betrieb mit dem Zweck gegründet worden sei, Investitionen in den Schulen durchführen zu können. Er weist darauf hin, dass zunächst in den Schulen dafür gesorgt worden sei, dass energetische Maßnahmen stattgefunden hätten und dass die Schulgebäude in einem deutlich besseren Zustand seien. Die Frage, wie dieses bilanziell erfasst werde, sei seinerzeit hinten angestellt worden. Vor einem Jahr sei ein Bilanzbuchhalter eingestellt worden, um diese Punkte aufzuarbeiten. Er gehe davon aus, dass am Ende dieses Jahres alle Jahresabschlüsse bis 2009 vorliegen werden.

Weiter erklärt Herr Lutz, der Betrieb Gebäudemanagement sei zu einer Zeit gegründet worden, in der der städtische Haushalt noch kameral gewesen sei. Im kameralen Haushalt seien die Abschreibungen nur nachrichtlich durchgeführt worden. Da bekannt gewesen sei, dass es mit den Mieten ein Manko geben würde, habe man zunächst einmal den Betrag angesetzt, den die Stadt in den Einsparjahren tatsächlich zur baulichen Instandhaltung von Gebäuden gehabt habe. Dieses sei dahingehend erhöht worden, dass der Betrieb zumindest das bekomme, was er auch in die Gebäude hineinstecke. Herr Lutz bemerkt, da nunmehr nach dem HGB gebucht werden müsse, sei ersichtlich, wie der jährliche Wertverlust sei. Für jedes Jahr, in dem eine Schule genutzt werde, habe man einen gewissen Betrag zur Seite zu legen, um nach Lebensdauer des Gebäudes am Ende auch ein Ersatzgebäude wieder herstellen zu können. Dieses Prinzip kannte man im kameralen Haushalt nicht. Doch jetzt sei man verpflichtet, diese Abschreibungen vorzunehmen. Wenn man nun jährlich gegen die Massen buchen würde, sei im Jahre 2023 der gesamte Wert verbraucht. Das werde sich die Stadt nicht leisten können und aus diesem Grunde müsse umgehend etwas geändert werden. Im Rahmen der Umstellung des Betriebes auf das NKR für das Haushaltsjahr 2011 müsse eine Lösung gefunden werden. Weiter führt Herr Lutz aus, wenn diese Abschreibungen nicht gebildet würden und alle Werte verbraucht seien, bedeute dieses, dass dem Betrieb ein Investitionskostenzuschuss aus dem städtischen Haushalt zur Verfügung gestellt werden müsse, falls diese Schule weiterhin gebraucht werde.

Herr Lutz bittet abschließend darum, bis zum Jahresabschluss 2009, der im Haupthaushalt kameral gebucht worden sei, keine Änderung vorzunehmen. Für die folgenden Jahre müsse jedoch eine Lösung gefunden werden.

**Herr Bongartz** erinnert daran, dass seinerzeit der Rat der Stadt Emden einstimmig das Gebäudemanagement ins Leben gerufen habe, da der organisatorische Ablauf zu zeitlichen Verzögerungen und zur Unzufriedenheit im Rat geführt habe. Nachdem Herr Lutz die Lebenssituation dieser Organisationseinheit noch einmal dargestellt habe, sei deutlich geworden, dass die Stadt im Grunde genommen haushaltsmäßig dadurch überlebe, weil sie sehr geringe Mieten bezahle,

## Niederschrift Nr. 10 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

die zu Lasten des Gebäudemanagements gehen würden. Seiner Meinung nach fehle hier die richtige Haushaltsrelevanz und es müssten die Mieten erhöht werden. Dieses sei eine schwierige Situation, mit der umgegangen werden müsse.

**Herr Lutz** führt aus, da bis zum Jahre 2009 kameral gebucht worden sei, habe es keine Abschreibungen gegeben. Jetzt seien die Abschreibungen in diesem Betrieb tatsächlich dargestellt und somit auch ab diesem Jahr im Gesamthaushalt vorhanden. Von daher müsse man jetzt nach einer Lösung suchen. Es sei nicht richtig, wenn man sage, die Stadt zahle geringe Mieten. Dieses führe im Übrigen auch zu keinen Liquiditätsproblemen, da der Betrieb ununterbrochen weiterlaufe. Es gehe darum, wie die Stadt Emden mit ihren Werten umgehen würde.

**Herr Mecklenburg** ist der Meinung, man müsse sich die Frage stellen, ob das ganze System nicht ein wenig fragwürdig sei. Auch könne eine Kommune nicht so wirtschaften, wie ein Kaufmann es tun würde. Er frage sich, ob es Möglichkeiten geben würde, um die Verluste abzuschreiben. Wenn die Schulen mehr Miete bezahlen müssten, dann müsse auf der anderen Seite ihr Budget erhöht werden. Hierdurch würden große Lücken im Gesamthaushalt entstehen.

**Herr Lutz** betont, alle Kommunen in Niedersachsen seien spätestens ab dem 01.01.2012 verpflichtet, nach dem Neuen Kommunalen Rechnungswesen zu buchen. Dieses NKR sei dem kaufmännischen Rechnungswesen sehr stark angenähert, wenn es auch nicht 100 % dasselbe sei. Bislang habe man bei einer neu gebauten Straße nie berücksichtigt, dass in jedem Jahr diese Straße immer weniger wert sei. Der Gesetzgeber wolle, dass für diese Straße Geld zurückgelegt werde, um sie nach einigen Jahren wieder herstellen zu können. Dazu sei man nunmehr gesetzlich verpflichtet und etwas anderes zu tun, wäre gesetzeswidrig. Die Stadt Emden habe sich dazu entschieden, ab dem 01.01.2010 dieses System durchzuführen, da die Voraussetzungen geschaffen worden seien und nachvollzogen werden könne, was verbraucht werde, um dieses auch den nachfolgenden Generationen zu zeigen

**Herr Stolz** bedankt sich bei Herrn Lutz für seine Ausführungen und bemerkt, man sei weit davon entfernt, die echten Kosten zu berechnen, denn der Verbrauch von Fläche und Natur sei hier nicht mit eingerechnet. Es werde lediglich ein erster Schritt sein, wenn Verbräuche dargestellt werden müssten.

**Herr Schulze** fragt an, ob die Laufzeiten der Abschreibungen für jedes Gebäude gleich seien und ob diese sich eventuell hinauszögern lassen würden.

**Herr Lutz** antwortet, es gäbe eine genaue Tabelle, wie Gebäude abzuschreiben seien. Kommunen seien in dieser Tabelle schon relativ weit unten. So habe ein Rathaus z. B. eine Abschreibungszeit von 80 Jahren, obwohl die tatsächliche Lebensdauer der Gebäude geringer sei.

**Herr Koerth** erklärt, die primäre Zielsetzung sei, dass die vom Kernhaushalt geführten bislang nachrichtlich gerechneten Abschreibungen weiter geführt würden. Dort gehe man zurzeit von 50 Jahren bei Schulgebäuden aus.

**Herr Lutz** ergänzt, man wenn sich ein neugebautes Schulgebäude ansehe und wie es nach 50 Jahren aussehen würde, dann wisse man, dass zu diesem Zeitpunkt spätestens ein Ersatz notwendig sei. In der Privatwirtschaft rechne man je nach Gebäudetyp teilweise mit 10 bis 25 oder aber auch 40 Jahren.

**Herr Schulze** stellt fest, im privaten Bereich gehe man nicht unbedingt davon aus, dass man nach Ende der Abschreibung das Haus abreiße und ein neues baue. Hier investiere man in Reparaturen.

## Niederschrift Nr. 10 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

**Herr Ammermann** betont, durch die Abschreibung werde der Werteverzehr dargestellt. Eine Abschreibung bedeute nicht, dass das Geld auch tatsächlich vorhanden sei.

**Herr Lutz** gibt zu bedenken, dass es durchaus auch Rathäuser geben würde, die über 500 Jahre alt seien. Hier sei der Werteverzehr auch nicht dargestellt worden, sodass jedes Mal neue Mittel hervorgeholt werden müssten. Ideal wäre es, dass man für jeden Cent an Abschreibung auch tatsächlich eine Rücklage bilden würde.

**Herr Wessels** fragt an, ob das Verwaltungsgebäude II noch abgeschrieben werde.

**Herr Lutz** entgegnet, in diesem Gebäude seien einige bauliche Änderungen vorgenommen worden, die als Wert neu in die Bilanz aufgenommen worden seien und abgeschrieben würden. Das Gebäude an sich müsse aber eigentlich abgeschrieben sein.

**Herr Baumann** stimmt Herrn Lutz zu. Eine Abschreibung sei bereits im Kernhaushalt geführt worden. Zwar sei diese im kameralen Haushalt nie dargestellt, aber in der Anlagenrechnung geführt worden. Diese Abschreibungen würden jetzt weiter geführt. Für die alten Gebäude seien diese Abschreibungen relativ gering im Vergleich zu den neuen Gebäuden.

**Herr Strelow** bemerkt, wenn der Werteverzehr zukünftig ab dem Jahre 2011 für Straßen etc. durchgeführt werde, stelle das die Stadt vor große Herausforderungen. Zwar könne man sich über den Sinn des NRK streiten, dieses ändere aber nichts an den gesetzlichen Rahmendingungen. Aus diesem Grunde müssten sich alle Fraktionen darauf verständigen, wie man mit diesem Thema umgehen wolle. Seines Erachtens sei es deutlich, dass die Abbildung des Werteverzehrs ein Grundsatzthema sei.

**Herr Mecklenburg** stellt fest, zusammenfassend betrachtet sei die Stadt Emden zum Einen nicht in der Lage, Geld zur Seite zu legen, um die notwendigen Reparaturarbeiten oder Erneuerungen durchzuführen, obwohl der Werteverzehr dargestellt werde. Zum Anderen würde bei den alten Gebäuden fast keine Abschreibung mehr vorgenommen werden, obwohl hier der Instandhaltungsbedarf wesentlich höher sei als bei neuen Gebäuden. Ihm sei zwar bekannt, dass dieses gesetzlich vorgeschrieben sei, dennoch müsse man das Ganze sehr kritisch und mit dem nötigen Abstand betrachten.

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden beschließt gemäß §§ 40 Abs. 1 Ziff. 9 und 101 Abs. 1 NGO

1. den Jahresabschluss 2005 des Optimierten Regiebetriebes 806 „Gebäudemanagement“ als Teil der Jahresrechnung 2005 der Stadt Emden und
2. die diesbezügliche Entlastungserteilung des Oberbürgermeisters für das Geschäftsjahr 2005

**Ergebnis:** einstimmig

## Niederschrift Nr. 10 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

**TOP 6** Feststellung des Jahresabschlusses 2006 des Optimierten Regiebetriebes 806 "Gebäudemanagement" und Entlastung des Oberbürgermeisters für das Geschäftsjahr 2006  
Vorlage: 15/1496

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden beschließt gemäß §§ 40 Abs. 1 Ziff. 9 und 101 Abs. 1 NGO

1. den Jahresabschluss 2006 des Optimierten Regiebetriebes 806 „Gebäudemanagement“ als Teil der Jahresrechnung 2006 der Stadt Emden und
2. die diesbezügliche Entlastungserteilung des Oberbürgermeisters für das Geschäftsjahr 2006

**Ergebnis:** einstimmig

### **MITTEILUNGSVORLAGEN**

**TOP 7** Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses des Vereins für Rettungsdienst, Krankentransporte und soziale Hilfsdienste e.V. (RKSH) für das Geschäftsjahr 2008  
Vorlage: 15/1494

**Herr Ammermann** erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation den Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses des RKSH. Die Präsentation ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

**Herr Stolz** bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Schulze** fragt an, warum in diesem Bericht des Rechnungsprüfungsamtes der Prüfvermerk fehle.

**Herr Ammermann** führt aus, man müsse hier von einem anderen Prüfauftrag ausgehen, denn es sei nicht Auftrag des Rechnungsprüfungsamtes, den RKSH zu prüfen. Dieser sei ein eingetragener Verein und damit eine rechtlich selbstständige Organisation. Das Rechnungsprüfungsamt habe lediglich den Auftrag des Rates erhalten, die auf dem Gebiet der Stadt Emden entstandenen Rettungsdienstkosten auf die Richtigkeit zu prüfen. Es handele sich hierbei um Aufträge, die der RKSH für den städtischen Rettungsdienst abarbeiten würde. Somit handele es sich um keine Abschlussprüfung, wie es sonst bei Gesellschaften und sonstigen Einrichtungen üblich sei.

**Herr Graf** erkundigt sich, ob die Personalkosten für die Zivildienstleistenden neuerdings vom Träger selbst zu zahlen seien.

**Herr Rodiek** entgegnet, die Kosten für die Zivildienstleistenden würden immer gesplittet gezahlt. Das bedeute, die Träger würden grundsätzlich in Vorkasse gehen. Ein Teil dieser Kosten werde über das Bundesamt für den Zivildienst erstattet. Die aktuelle Situation stelle sich jedoch anders dar. Da der RKSH derzeit über keine Zivildienstleistenden mehr verfüge, würden stattdessen Mitarbeiter im freiwilligen sozialen Jahr eingesetzt. Auch für diese Mitarbeiter, die anerkannte Kriegsdienstverweigerer seien, erstatte das Bundesamt für den Zivildienst einen Betrag

## Niederschrift Nr. 10 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

in der Höhe, wie es üblicherweise für den Bereich des Zivildienstes gegeben habe. Konkret müssten ca. 60 bis 70 % der Personalkosten in diesem Fall von der Dienststelle zu zahlen sein.

**Herr Bongartz** bemerkt, wenn man das gesamte Volumen von über 500.000 € berücksichtige, sei festzustellen, dass hier eine absolute Punktlandung gelungen sei.

**Herr Strelow** schließt sich den Worten von Herrn Bongartz an und bittet um die Abgabe einer vorsichtigen Tendenz für das Jahr 2009.

**Herr Rodiek** führt aus, so wie es im Moment aussehe, werde auch das Geschäftsjahr 2009 mit einer ähnlichen Punktlandung abschließen. Zwar läge der gesamte Abschluss höher, doch auch die Plankosten hätten sich erhöht, da man diese von vornherein größer angesetzt habe.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 8** Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses 2008 der Emden Bürgerstiftung Regionales Umweltzentrum Ökowerk Emden  
Vorlage: 15/1382

**Herr Ammermann** erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation den Jahresabschluss 2008 der Emden Bürgerstiftung Regionales Umweltzentrum Ökowerk Emden. Die Präsentation ist unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

**Herr Stolz** bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Bongartz** bezieht sich auf den im Bericht angesprochenen Fehler, der im Stiftungsgeschäft stecken würde und fragt an, ob hier evtl. ein neuer Ratsbeschluss herbeigeführt werden müsse, da der vorhandene Beschluss nicht mit der Stiftungsurkunde identisch sei.

**Herr Lutz** führt aus, eine Stiftung, die die Stadt Emden gründe, entstehe dadurch, dass das oberste Organ der Stadt eine Entscheidung treffe. Von daher sei der Beschluss, der vom Rat gefasst worden sei, die Stiftungsurkunde. Da solche Stiftungen einer Genehmigung bedürften, habe die Aufsichtsbehörde diesem Stiftungsbeschluss zugestimmt. Damit sei die Stiftung entstanden. Der Inhalt dieses zusammengesetzten Aktes der Urkunde lasse sich so nicht im Grundbuch umsetzen. Daher werde es auch eine Änderung des Ratsbeschlusses geben. Aufgrund der Kürze der Zeit sei es nicht möglich gewesen, eine Strichvorlage für den Rat zu fertigen, denn bereits im Protokoll des zuständigen Ausschusses sei erwähnt worden, dass versehentlich im Text des Beschlusses falsche Flurstücke angegeben worden seien. Weiter bemerkt Herr Lutz, sicherheitshalber werde zu dieser geänderten Fassung eine weitere Genehmigungsurkunde der Aufsichtsbehörde eingeholt werden.

Herr Lutz führt weiter aus, da diese Bürgerstiftung Ökowerk bisher nur von kommunalem Geld lebe, würde er sich darüber freuen, wenn das anerkannt gute Angebot des Ökowerkes auch noch ein paar Leute dazu bringen würde, hier eine Co-Stiftung zu machen. Bei der in der letzten Zeit vorgenommenen Stiftung für die BBS II sei positiv festzustellen, dass hierdurch der Bereich der Bildung für Kinder und Jugendliche gefördert werde. Aber auch über die Umweltbildung sollte man nachdenken. Sicherlich sei Herr Stang von der Bürgerstiftung Ökowerk Emden gerne bereit, nähere Auskünfte zu einem Stiftungsgeschäft zu geben.

**Herr Ammermann** stellt heraus, er sei überzeugt davon, dass es richtig gewesen sei, den Fehler im Stiftungsgeschäft anzusprechen. Dennoch müsse diese Sache unabhängig vom Jahres-

## Niederschrift Nr. 10 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

abschluss gesehen werden. Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses sei auch die Rechtsgrundlage der Stiftung untersucht und dieser Mangel festgestellt worden.

**Herr Strelow** bedankt sich bei Herrn Stang und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im letzten Jahr geleistete Arbeit. Seiner Meinung nach sei ein Besuch im Ökowerk durchaus empfehlenswert. Auch er sei der Ansicht, dass die Stadt sich hier um Zustiftungen bemühen müsse und fragt an, ob es eventuelle Ideen geben würde, wie der eine oder andere Spender akquiriert werden könne.

**Herr Stang** erklärt, er habe auf diese Situation bereits reagiert und plane gemeinsam mit der Fachhochschule einen Workshop zum Thema Zustiftungs- und Spendenmanagement, der voraussichtlich im April durchgeführt werde. Hier sollten Strategien entwickelt werden, um in diesem Stiftungsgeschäft stärker voranzukommen. Bei der derzeitigen Zinslage könne sich jeder ausrechnen, wie viel Kapital benötigt werde, um den Betrieb aufrecht erhalten zu können.

**Herr Bongartz** bemerkt, der Gesetzgeber habe vor einigen Jahren das Stiftungsrecht im Grunde genommen reformiert. Es sei steuerlich äußerst vorteilhaft, Geld in Stiftungen zu geben.

**Herr Stolz** erklärt, es sei gut, wenn aus dem Rat heraus Lob an das Ökowerk gerichtet werde. Doch die größte Herausforderung sei es, wenn man die vorbildlichen Projekte des Ökowerks auf die Stadt als Ganzes übertragen und konsequent umsetzen würde.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 9** Mündliche Mitteilungen des Rechnungsprüfungsamtes

Es liegen keine Mitteilungen vor.

**TOP 10** Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

### 1. Steuerselbstanzeigen

**Herr Lutz** weist darauf hin, Steuerselbstanzeigen seien im Gegensatz zu Stiftungen in Liechtenstein bei einer Stiftung Ökowerk nicht notwendig.

### 2. Abschreibungen

**Herr Lutz** bemerkt, bereits im Jahre 2010 seien ca. 5 Mio. € Abschreibungen im Haushaltsplan der Stadt enthalten, die sich daraus ergeben würden, dass nicht alle Wertgegenstände der Stadt Emden beim Betrieb 806 seien. Hierbei handele es sich um Schätzungen, da die Inventur noch nicht abgeschlossen sei.

### 3. Umstellung auf NKR und Einführung eines Datenmanagementsystems

**Herr Lutz** erklärt, neben der Umstellung auf das Neue Kommunale Rechnungswesen sei auch noch ein Datenmanagementsystem eingeführt worden. Die Probleme, die es nach der Umstellung gegeben habe, seien mittlerweile behoben. Das System laufe sehr gut und stabil. Zudem seien noch einige Nachschulungen geplant. Im Großen und Ganzen sei er mit dem Umstellungsprozess zufrieden.



## Niederschrift Nr. 10 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

**TOP 11**           Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.